

Aachen, den 25. April 2019

## **PRESSEMITTEILUNG   Starke-Familien-Gesetz: Weder stark noch Lösung**

Familien mit kleinen Einkommen stärken und faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe für Kinder schaffen - das sind die hehren Ziele des Starke-Familien-Gesetzes, das vor zwei Wochen im Bundesrat beschlossen worden ist. „Einzelne Verbesserungen z.B. bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe wurden auf den Weg gebracht“, so Helga Ebel, die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag. „Wir brauchen jedoch für die Armutsbekämpfung eine ‘ganzheitliche’ Lösung, die eine Anhebung der Regelsätze für Eltern und Kinder (und natürlich auch für alle Alleinstehenden) und eine Erhöhung der Kosten der Unterkunft, die sich an den Mittelwerten des kommunalen Mietspiegels orientieren müssten, bedeutet.“

Marika Jungblut, die stellvertretende Sprecherin der Fraktion, ergänzt: „Das Gesetz erhält auch erstaunlicherweise nicht die unabdingbare Forderung nach Nichtanrechnung von Kindergeld auf die Hartz IV-Regelsätze. Damit würden jedem Kind monatlich ca. 200 € mehr zur Verfügung stehen, so dass ein 14-jähriges Kind beispielsweise dann insgesamt ca. 520 € (322 € Regelsatz + 194 € Kindergeld) hätte“.

Für die LINKE im Städteregionstag ist aber auch die konkrete Auswirkung des Gesetzes in der Region wichtig. „Das in 2011 eingeführte Bildungs- und Teilhabepaket war und ist ein bürokratisches Monstrum. Die jetzt geplanten Änderungen vereinfachen zwar die Antragstellung und schaffen Selbstzahlung z.B. bei der Mittagsverpflegung ab“, erläutert Fraktionsgeschäftsführer Harald Siepmann, „es gibt aber gerade in der Städteregion einen großen Nachholbedarf“. Im NRW-Vergleich liegen die städteregionalen Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket im unteren Mittelfeld. „Das zeigt für uns, dass die Leistungen noch nicht überall ankommen“, so Helga Ebel. „Solange die Regelsätze nicht auf das eigentlich verfassungsgemäße Niveau gehoben werden, muss zumindest auf lokaler Ebene dafür gesorgt werden, dass kein Kind wegen seiner sozialen Herkunft von Sport oder Kultur ausgeschlossen bleibt“. Die LINKE wird das Anliegen im nächsten städteregionalen Sozialausschuss auf die Tagesordnung bringen.